Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XIII

Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG)

Einleitung 1

1. Hauptstück
Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Geltungsbereich 2
§ 1 a. Zusätzliche Bestimmungen zum Geltungsbereich im Straßenverkehr für den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2020/1057 und des Anhangs 31 Teil A Abschnitt 2 des Abkommens mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland 65
§ 2. Wahrer wirtschaftlicher Gehalt – Beurteilungsmaßstab 77

2. Hauptstück
Arbeitsrechtliche Ansprüche und Maßnahmen zu ihrem Schutz

1. Abschnitt
Arbeitsrechtliche Ansprüche

§ 3. Anspruch auf Mindestentgelt, Aufwandersatz und Bedingungen für angemessene Unterkünfte 91
§ 4. Urlaubsanspruch 122
§ 5. Anspruch auf Einhaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsruhe 127
§ 6. Regelungen für die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung 129
§ 7. Kollektivverträge 134

2. Abschnitt
Haftungsbestimmungen

§ 8. Haftung für Entgeltansprüche gegen Arbeitgeber mit Sitz in einem Drittstaat 136
§ 9. Haftungsbestimmungen für den Baubereich 142
§ 10. Haftung des Generalunternehmers für Entgeltansprüche gegen Auftragnehmer mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft 159

Nach §§ 8 – 10 Regress 169

3. Abschnitt
Behörden

§ 11. Behörden und Stellen 171
§ 12. Erhebungen des Amtes für Betrugsbekämpfung 175
§ 13. Kompetenzzentrum LSDB 181
§ 14. Feststellungen von Übertretungen durch den Träger der Krankenversicherung 185
§ 15. Feststellung von Übertretungen durch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse 188
§ 16. Zusammenarbeit der Behörden im Inland im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung 204
§ 17. Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten und EWR-Staaten und gegenseitige Amtshilfe 206
§ 17 a. Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten und gegenseitige Amtshilfe im Straßenverkehr nach der Richtlinie (EU) 2020/1057 209
§ 17 b. Zusammenarbeit mit Behörden und gegenseitige Amtshilfe im Straßenverkehr nach dem Abkommen mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland 211
§ 18. Informationsverpflichtung von Arbeitgebern mit Sitz im Inland 212
§ 18 a. Informationsverpflichtung von Verkehrsunternehmern . . . 213

4. Abschnitt
Formale Verpflichtungen bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz

§ 19. Meldepflicht bei Entsendung oder Überlassung aus einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft 214
§ 19 a. Meldepflicht bei Entsendung von mobilen Arbeitnehmern im Straßenverkehr 226
§ 20. Information der Behörden 230
§ 21. Bereithaltung von Meldeunterlagen, Sozialversicherungsunterlagen und behördlicher Genehmigung 232
§ 21 a. Bereithaltung von Unterlagen im Straßenverkehr 238
§ 22. Bereithaltung von Lohnunterlagen 241
§ 23. Ansprechperson 250
§ 24. Verantwortliche Beauftragte 252

5. Abschnitt
Strafbestimmungen, Untersagung der Dienstleistung und Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren

§ 25. Ort der Verwaltungsübertretung 254
§ 25 a. 257
§ 26. Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten bei Entsendung oder Überlassung 258
§ 26 a. Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten im Straßenverkehr 268
§ 27. Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Lohnkontrolle 273
§ 27 a. Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Kontrolle im Straßenverkehr 279
§ 27 b. 283
§ 27 c. 286
§ 28. Nichtbereithalten und Nichtübermittlung der Lohnunterlagen 287
§ 29. Unterentlohnung 295
§ 30. Unterlassung einer Änderungsmeldung zur Person des verantwortlichen Beauftragten 337
§ 31. Untersagung der Dienstleistung 338
§ 32. Parteistellung in Verwaltungs(straf)verfahren 351
§ 33. Vorläufige Sicherheit 356

§ 34. Zahlungsstopp – Zahlungsverbot – Sicherheitsleistung . . . 363
§ 35. Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren nach den §§ 26, 26a, 27, 27a bis 27c, 28, 29 Abs. 1, 31 und 34 385

3. Hauptstück
Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz arbeitsrechtlicher Ansprüche bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz

1. Abschnitt
Allgemeine Bestimmungen

§ 36. Anwendungsbereich 392
§ 37. Bestimmung der Begriffe „inländische Behörde“ und „inländische Behörden“ 395
§ 38. Aufwand der Strafverfolgung bei grenzüberschreitender Rechtsdurchsetzung 397
§ 39. Verwendung des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI) 401
§ 40. Ämter der Landesregierung als zentrale Behörden 403

2. Abschnitt
Zustellung an ausländische Arbeitgeber im Inland

§ 41. 405

3. Abschnitt
Erwirkung der Zustellung und Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

1. Unterabschnitt
Allgemeine Bestimmungen

§ 42. Anwendungsbereich 419
§ 43. Übermittlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung 420
§ 44. Mitteilung der weiteren Behandlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung 424

2. Unterabschnitt
Erwirkung der Zustellung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 45. Grundsätze ... 425
§ 46. Ersuchen um Zustellung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat ... 427

3. Unterabschnitt
Erwirkung der Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 47. Grundsätze ... 429
§ 48. Ersuchen um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat ... 431
§ 49. Benachrichtigung der um Vollstreckung ersuchten Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats ... 432
§ 50. Folgen des Ersuchens um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat für die Vollstreckung im Inland ... 434

4. Abschnitt
Zustellung und Vollstreckung der Entscheidung einer Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

1. Unterabschnitt
Allgemeine Bestimmungen

§ 51. Anwendungsbereich ... 435
§ 52. Anerkennung und Gleichbehandlung der Entscheidung eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats ... 436
§ 53. Weiterleitung bei Unzuständigkeit ... 436
§ 54. Ablehnung der Vollstreckung ... 438
§ 55. Benachrichtigung der ersuchenden Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats ... 442

2. Unterabschnitt
Zustellung gerichtlicher und verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 56. Veranlassung der Zustellung ... 445
§ 57. Anzuwendendes Verfahrensrecht ... 446
§ 58. Ablehnung der Zustellung ... 447

3. Unterabschnitt
Vollstreckung verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 59. Veranlassung der Vollstreckung 448
§ 60. Anzuwendendes Verfahrensrecht 450
§ 61. Aufschub der Vollstreckung 451
§ 62. Beendigung der Vollstreckung 452
§ 63. Erlös aus der Vollstreckung 453
§ 64. Kosten 453

4. Unterabschnitt
Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 65. Veranlassung der Vollstreckung 453
§ 66. Anzuwendendes Verfahrensrecht 454
§ 67. Aufschub der Vollstreckung 456

4. Hauptstück
Schlussbestimmungen

§ 68. Verweisungen 457
§ 69. Kontrollplan – Tätigkeitsbericht 458
§ 70. Sprachliche Gleichbehandlung 461
§ 71. Vollziehungsbestimmungen 461
§ 72. Inkrafttreten 462

Anhang 1: Behördenstruktur 467
Anhang 2: Rechtsweg 468
Anhang 3: Kumulation von Strafen 469

Stichwortverzeichnis 471